

Rede von Premierminister Lionel Jospin über die Zukunft des erweiterten Europas (Pari, 28. Mai 2008)

Legende: In einer Rede am 28. Mai 2001 in Paris befürwortet der französische Premierminister Lionel Jospin die Idee einer Europäischen Union als „Föderation von Nationalstaaten“ sowie die Perspektive einer Europäischen Verfassung, die nach dem Vorbild der Europäischen Grundrechtecharta von einem Konvent erarbeitet werden soll.

Quelle: Address by Mr Lionel Jospin, Prime Minister, on " The future of an enlarged Europe " (Paris, May 28 2001). [ON-LINE]. [Paris]: Ministère des Affaires étrangères (Ministry of Foreign Affairs), [17.01.2005]. Disponible sur <http://www.diplomatie.gouv.fr/avenir/jospin280501.gb.html>.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_premierminister_lionel_jospin_uber_die_zukunft_des_erweiterten_europas_pari_28_mai_2008-de-642dc4c9-b224-4ea7-a77b-7e4d894b3077.html



Publication date: 05/07/2016

Rede von Premierminister Lionel Jospin über „Die Zukunft des erweiterten Europas“ (Paris, 28. Mai 2001)

Meine Damen und Herren,

Innerhalb von fünfzig Jahren wurde Europa aufgebaut. Europa lebt in Frieden, es herrscht Demokratie, unsere Lebensart hat etwas Anziehendes.

Innerhalb von fünfzig Jahren wurde Europa aufgebaut. Europa lebt in Frieden, es herrscht Demokratie, unsere Lebensart hat etwas Verlockendes.

Die Europäische Union hat vor Kurzem weitere Fortschritte erzielt. Wir befinden uns wieder auf dem Wachstumspfad, und die Arbeitslosigkeit geht zurück. In weniger als acht Monaten wird der Euro für 300 Millionen europäische Bürger eine konkrete Realität sein. Die europäische Verteidigung nimmt Gestalt an. Die Union bekräftigt ihre soziale Dimension. Sie schafft Instrumente zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt. Die französische Regierung ist stolz darauf, zu diesen Fortschritten beigetragen zu haben.

Und dennoch machen sich eine gewisse Ernüchterung und Unsicherheit breit, sowohl in unserer Bevölkerung als auch bei einigen politisch Verantwortlichen. Und natürlich wirft die Zukunft Europas legitime Fragen auf. Läuft die Union nicht Gefahr auseinander zu brechen, wenn sie sich bis zu den Grenzen des europäischen Kontinents ausdehnt? Wie kann sie sich der Globalisierung öffnen, ohne ihre Identität preiszugeben? Muss sie die Rolle der Nationen aushöhlen, um ihre Institutionen zu reformieren? Wie kann man erreichen, dass die Bürger der Union sich stärker mit Europa identifizieren?

Im Bewusstsein all dieser Fragen beschlossen die Staats- und Regierungschefs bei ihrer Tagung im letzten Jahr in Nizza, eingehende Überlegungen über die Zukunft der erweiterten Union anzustellen. Die europäischen Bürger sind aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Wir haben beschlossen, mit dieser Debatte in Frankreich zu beginnen. Meine heutigen Ausführungen sind in diesem Zusammenhang zu verstehen. Sie sind mein Beitrag als politisch Verantwortlicher zu diesen Überlegungen.

Ich bin Franzose. Ich fühle mich als Europäer. Ich wünsche mir ein Europa, das seine Identität bekräftigt, den Wünschen seiner Völker stärker Rechnung trägt und in der Welt ein Vorbild ist. Aus diesem Grunde darf sich diese Debatte nicht auf Fragen der Institutionen und ihrer Reform beschränken. Europa ist zunächst ein politisches Vorhaben, eher ein „*Inhalt*“ als ein „*Behältnis*“. Europa besteht nicht nur aus Verordnungen, Richtlinien oder Streitigkeiten. Es ist in erster Linie ein intellektuelles Werk, ein Gesellschaftsmodell, eine Vision von der Welt. Den Europagedanken in der Realität verankern, hierauf kommt es meines Erachtens an. Das Europa, an dem mir gelegen ist, das Europa, das ich mit so vielen anderen zu vollenden wünsche, hat ein **Gesellschaftsprojekt (I), eine Vision von der Welt (II), eine politische Architektur (III)**.

I. Europa muss für ein bestimmtes Gesellschaftsprojekt stehen

Bis vor Kurzem konzentrierten sich die Anstrengungen der Union auf die Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Für uns alle ist sie von wahren Nutzen. Heute bedarf es aber einer weiter reichenden Perspektive, andernfalls wird Europa auf einen bloßen Markt reduziert und in der Globalisierung aufgelöst. Denn Europa ist viel mehr als nur ein Markt. Es steht für ein Gesellschaftsmodell, das geschichtlich gewachsen ist und sich durch die immer engeren Beziehungen zwischen den europäischen Völkern entfaltet. Es gibt eine europäische „*Lebensweise*“; Europa hat seine eigene Art, zu handeln, die Freiheiten zu verteidigen, Ungleichheiten und Diskriminierungen zu bekämpfen, die Arbeitsbeziehungen zu organisieren, den Zugang zur Ausbildung und medizinischen Versorgung zu gewährleisten, die Zeit zu gestalten. Jedes unserer Länder hat eigene Traditionen und Regeln, die aber ein gemeinsames Universum bilden.

Dieses einzigartige Gesellschaftsmodell müssen wir nunmehr in den Verträgen verankern und durch unsere Politiken mit Leben erfüllen. Die Vielfalt Europas ist seine Daseinsberechtigung. Europa ist – daran möchte ich erinnern – ein Kulturkreis, das heißt es ist gleichzeitig ein Raum, eine gemeinsame Geschichte, eine geeinte Wirtschaft, eine Gesellschaft von Menschen und verschiedene Kulturen, die eine gemeinsame Kultur

bilden.

1. Diese Zivilisation basiert auf einer Wertegemeinschaft

In erster Linie sind dies die Werte der Demokratie und der Menschenrechte. Die „Gründerväter“ wollten und schufen das politische Europa, um unseren Kontinent vom Imperialismus einzelner Staaten und vom mörderischen Totalitarismus zu befreien, die ihn im 20. Jahrhundert mit Blut überzogen. Ihnen ist es zu verdanken, dass Europa heute ein Hort des Friedens ist. Die Feinde von einst haben sich ausgesöhnt. An die Stelle der Zwietracht ist die Suche nach einer immer engeren Union getreten. Europa ist weltweit der Raum, in dem der Rechtsstaat am besten verwirklicht ist. Es ist die einzige politische Einheit, in der die Todesstrafe nicht mehr existiert. Auf unserem Kontinent wird dem Menschen der größte Respekt gezollt. Europa ist dazu berufen, diese Botschaft weiter zu verbreiten.

Europa weigert sich, wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Fortschritt voneinander zu trennen.

Aus diesem Grunde vermochte es auch, sich von den Kriegen, die es verwüsteten, zu erholen. Trotz der fortbestehenden Ungleichheiten ist es heute in wirtschaftlicher Hinsicht sehr hoch entwickelt. Soziale Rechte wurden durchgesetzt: Recht auf sozialen Schutz, Gewerkschaftsrechte und Recht auf kostenlose Ausbildung.

Um diese Werte zu proklamieren, haben wir der Union eine **Charta der Grundrechte** gegeben. Ganz gleich, ob es sich um Würde und Unversehrtheit des Menschen, um Freiheiten oder Solidarität, um Gleichheit, Bürgerrechte oder Gerechtigkeit oder auch um neue Rechte – wie beispielsweise diejenigen, die die Bewahrung unseres natürlichen Erbes betreffen – handelt, alle diese Grundsätze, die der europäischen Zivilisation zugrunde liegen, sind hierin verankert. Diese Charta sollte als Fundament des europäischen Aufbauwerks betrachtet werden. Ich wünsche mir, dass sie fester Bestandteil des Paktes wird, der die europäischen Nationen miteinander verbindet und der zwischen den Europäern eine Schicksalsgemeinschaft begründet.

2. Diese Schicksalsgemeinschaft muss unsere gemeinsamen Politiken noch stärker bestimmen

Europa braucht mehr wirtschaftliche Solidarität. Die gemeinsame Währung sorgt bereits für eine wertvolle Stabilität. Seit zwei Jahren stellt der Euro eine Art gemeinsamen „Schutzschild“ gegen internationale Finanzkrisen und Abwertungen der Währungen aus Wettbewerbsgründen dar. Damit die Union ausgewogener wird, müssen wir nunmehr eine **Wirtschaftsregierung** für den Euro-Raum schaffen. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken muss erheblich intensiviert werden. Deshalb schlage ich vor, dass jeder Mitgliedstaat seine Partner konsultiert und ihre Empfehlungen berücksichtigt, bevor er Beschlüsse mit Konsequenzen für den gesamten Euro-Raum fasst. Wir sollten einen Konjunkturfonds einrichten, dem jeder Staat beitreten könnte und mit dem jedes Land, das unter weltweiten Wirtschaftsturbulenzen zu leiden hat, unterstützt werden könnte. Angegangen werden muss schließlich gegen die Verhaltensweisen, die dem europäischen Gemeinwohl schaden. Vordringlichste Aufgabe ist die Bekämpfung des „Sozialdumping“; denn es geht nicht an, dass manche Mitgliedstaaten mit einem unlauteren Steuerwettbewerb ausländische Investitionen anlocken und die europäischen Konzerne dazu verleiten, ihre Zentralen dorthin zu verlagern. Langfristig ist deshalb eine Harmonisierung der gesamten Unternehmensbesteuerung erforderlich.

Diese wirtschaftliche Kohärenz muss in den Dienst der sozialen Solidarität gestellt werden. Das fordern unsere Bürger. Europa kann und darf keine bloße Freihandelszone sein. Seit vier Jahren setzt sich die französische Regierung dafür ein, dass im europäischen Aufbauwerk die Förderung von Wachstum und Beschäftigung stärker in den Vordergrund rückt. Mit der Annahme der europäischen Sozialagenda wurden bedeutende Fortschritte erzielt. Die darin enthaltenen Zielsetzungen müssen für sämtliche Arbeitnehmer zu konkreten Ergebnissen führen. Die Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmer müssen nach oben angeglichen werden. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Diskriminierungen müssen bekämpft und die Voraussetzungen für einen sozialen Dialog mit den Gewerkschaften auf europäischer Ebene geschaffen werden. Es braucht ein wirkliches europäisches Sozialrecht, in dem gemeinsame ehrgeizige Normen festgesetzt werden, insbesondere für die Unterrichtung der Arbeitnehmer und ihre Mitwirkung am Leben der Unternehmen, das Kündigungsrecht, die Bekämpfung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und die

Lohnpolitik. Ziel muss der Abschluss eines **europäischen Sozialvertrags** sein.

Um die Gleichheit der Bürger und ihre Solidarität garantieren und dem Gemeinwohl Genüge leisten zu können, brauchen die Europäer ferner **starke und effiziente öffentliche Dienste**. Deshalb befürworte ich den Erlass einer europäischen Richtlinie, in der ein rechtlicher Rahmen festgelegt wird, um unter der Verantwortung der Staaten die Rolle der öffentlichen Dienste in Europa zu stärken.

Zur Förderung der Beschäftigung muss sich Europa **ehrgeizige Ziele im industriellen Bereich** setzen. Die europäische Integration ermöglichte bedeutende Erfolge: gestern Ariane und Airbus und heute EADS in der zivilen Raumfahrt oder – im militärischen Bereich – das geplante Großraumflugzeug. Für unsere Unternehmen sind diese Partnerschaften wichtig, denn sie bieten ihnen die für ihre Investitionen notwendigen Mittel, verleihen ihnen eine kritische Masse auf dem Weltmarkt und verhindern eine ausschließliche Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in den Schlüsselsektoren.

Desgleichen muss sich Europa als **Kontinent der Wissenschaft und der Innovation** behaupten. Wissen ist ein Element des europäischen Bewusstseins. Die Aufsplitterung der europäischen Forschung in nationale Bemühungen, die allzu wenig koordiniert werden, mindert heute jedoch ihre Effizienz. In allen wichtigen Bereichen wie dem Gesundheitswesen oder dem Umweltschutz brauchen wir dringend einen europäischen Raum der Forschung, wie dies Europa mit der Europäischen Weltraumorganisation in der Raumfahrt zu tun vermochte.

3. Die Einheit Europas erfordert mehr Rechte und einen größeren Schutz für alle Europäer.

Wir müssen einen gemeinsamen Raum des Rechts schaffen, für den die Charta die Referenz darstellen soll. Unter bestimmten Bedingungen müssen die Bürger den Europäischen Gerichtshof direkt anrufen können. Harmonisieren müssen wir die unterschiedlichen nationalen Normen des materiellen Rechts und die Verfahrensregeln. Kurzfristig wären die tatsächliche gegenseitige Anerkennung der Gerichtsentscheidungen und die Schaffung einer Schiedsinstanz, die bei einer Kollision nationaler Rechtsvorschriften zu schlichten hätte, wichtige Fortschritte. Hierbei denke ich insbesondere an die heikle Frage der Scheidung von Ehepaaren mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit.

Eines der Grundrechte der Bürger ist die Sicherheit. Europa muss zu deren Wahrung beitragen.

Hierbei denke ich zunächst an die **Verbrechensbekämpfung**; denn das organisierte Verbrechen kennt keine Grenzen. Deutlich wird dies insbesondere bei der Geldwäsche, dem Drogenhandel und allen modernen Formen des Menschenhandels. Das organisierte Verbrechen muss auf europäischer Ebene bekämpft werden. Mehrere Partner regten die Schaffung einer integrierten europäischen Polizei an. Ich für meinen Teil kann dem nur zustimmen und schlage die Gründung einer operativen Kriminalpolizei vor, deren Kern Europol bilden würde. Wir müssen auch eine spezielle Polizei mit dem Schutz der Außengrenzen der Union und ihrer internationalen Flughäfen beauftragen.

Die Sicherheit der Europäer setzt auch die Errichtung eines echten europäischen Rechtsraums voraus, der, gestützt auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Staatsanwälten und eine weitere Harmonisierung des Strafrechts der Mitgliedstaaten, mit der Zeit die **Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft** ermöglichen würde. Diese hätte die Strafverfolgungen und die öffentlichen Aktionen auf europäischer Ebene zu koordinieren und würde insbesondere die Vollstreckung von Rechtshilfeersuchen in der ganzen Union erleichtern.

Ein weiteres Erfordernis ist der Schutz der Gesundheit. Die jüngsten Krisen – insbesondere der „Rinderwahn“ – machten deutlich, welchen Bedrohungen die Verbraucher durch übermäßiges Produktivitätsstreben ausgesetzt sind. Wir alle müssen daraus dringend eine Lehre ziehen: Der Bürger ist auch ein Verbraucher, dessen Schutz verbessert werden muss. Aus diesem Grunde muss die Union auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips, einer transparenten Unterrichtung und der Rückverfolgbarkeit der Produkte „vom Tierfutter bis zum Verbrauchertisch“ einen Status für den europäischen Verbraucher erarbeiten. Zum Schutz der menschlichen Gesundheit schlage ich außerdem die Einrichtung eines

Überwachungs- und Frühwarnnetzes im Gesundheitswesen vor, mit dessen Hilfe die Behörden bei Auftreten einer Krise sofort reagieren können.

Meine Damen und Herren,

In einer nunmehr globalisierten Welt kann sich unser Europa nicht damit begnügen, eine Insel des relativen Wohlstands und der Stabilität zu sein. Eine solche egoistische Abkapselung wäre eine Illusion und eine Selbstleugnung. Europa hat ein Modell anzubieten, das aber weltoffen ist, insbesondere gegenüber dem Mittelmeerraum und seinen Anrainern. Europa hat dafür zu sorgen, dass bei der Globalisierung Recht und Gerechtigkeit nicht in Vergessenheit geraten.

II. Europa muss den Lauf der Dinge in der Welt gestalten.

Ich wünsche mir ein starkes Europa, das bei der Neudefinierung der Weltordnung seiner Verantwortung in vollem Umfang nachkommt und in der Lage ist, seine Botschaft von Frieden, Solidarität und Pluralität zu vermitteln.

1. Dieser Pluralität willen muss Europa die kulturelle Vielfalt verteidigen

Die Vielfalt der Kulturen ist eine der größten Kostbarkeiten des Menschheitserbes. Heute ist diese Vielfalt allerdings bedroht. Das Gesetz des Marktes bewirkt eine Vereinheitlichung des Konsumverhaltens und eine Konzentration der Kulturindustrien. Selbstverständlich haben einige kulturelle Ausdrucksformen – hierbei denke ich insbesondere an das Kino – mittlerweile eine industrielle Dimension erlangt. Gemeinsam müssen wir uns aber gegen die drohende Uniformierung und die Überflutung durch Kulturprodukte aus einer einzigen Quelle wehren. Dies ist eine grundlegende Herausforderung unserer Kultur. Selbstverständlich ist dies ein Kampf für die europäischen Kulturen, aber auch für alle anderen Kulturen. Ein Kampf, den Europa innerhalb der OECD – durch die Ablehnung des multilateralen Investitionsabkommens – und innerhalb der Welthandelsorganisation – durch die Verteidigung von Kreation und Kunst als Sonderfall – ausficht. In diesem Sinne muss es seine Bemühungen fortsetzen.

Europa ist sich dieser Herausforderung bewusst, da es selbst über eine außergewöhnliche kulturelle Vielfalt verfügt. Diese Kulturen wurden uns in allen ihren Bestandteilen – Religion, Philosophie, Literatur, Musik oder plastische Kunst – und allen Ausdrucksformen als Vermächtnis hinterlassen. Sie bilden unser gemeinsames Erbe, weshalb Kultur für uns Europäer keine Ware darstellt. Sie ist zunächst ein Teil unserer Identität.

Um diese Identität mit Leben zu erfüllen, **muss Europa alle an diesem Erbe teilhaben lassen.** Besser gefördert werden muss die Mobilität der Studenten, der Künstler und der Forscher. In zehn Jahren sollte es jedem europäischen Jugendlichen möglich sein, einen Teil seiner Ausbildung in einem anderen Land der Union zu absolvieren. Zur Regel sollte deshalb werden, dass jeder möglichst früh mindestens zwei europäische Fremdsprachen erlernt. Vor allem die Schulen müssen unseren Kindern die Erkenntnis vermitteln, dass ihr nationales Erbe Teil eines noch größeren Reichtums – des europäischen – ist.

Da die Kultur etwas Lebendiges ist, **muss Europa die Kreativität fördern.** Mithin gilt es für die Kultur eine spezielle gemeinsame Politik zu entwickeln, die nicht von Wettbewerbs- oder Binnenmarktregeln beherrscht wird. Aus diesem Grunde schlage ich vor, dass auf europäischer Ebene Mechanismen zur Förderung der Produktion von Werken in den Bereichen Film, audiovisuelle Medien und EDV sowie der europäischen Studios geschaffen werden. Zu einer Zeit, in der in allen unseren Ländern immer mehr digitale Programmpakete angeboten werden, braucht Europa einen eigenen Fernsehkanal nach dem Vorbild von Arte.

In meinen Augen ist das Engagement Europas zugunsten der kulturellen Vielfalt Ausdruck unserer Vision von einer offenen und solidarischen internationalen Gesellschaft.

2. Von diesen Ideen geleitet ist Europa berufen, Frieden und Demokratie auf der ganzen Welt zu

verteidigen.

Um den Versuchungen des Unilateralismus – das heißt des Gesetzes des Stärkeren oder der zu simplen Visionen – entgegenzuwirken, muss Europa in den internationalen Beziehungen die Rolle eines Ausgleichsfaktors spielen. Europa möchte keine dominierende Macht werden, kann aber seine Macht in den Dienst bestimmter Werte stellen.

Dank seiner gemeinsamen Außenpolitik vermag Europa seiner Stimme Gehör zu verschaffen. In den Regionen der Welt, in denen unsere Interessen auf dem Spiel stehen, sollten wir unsere „gemeinsamen Strategien“ vertiefen. Zu stärken ist auch die Rolle des Hohen Vertreters für die GASP. Wir müssen für Kohärenz zwischen unseren nationalen Außenpolitiken sorgen, indem wir eine gemeinsame Politik definieren. Es gilt, das Profil eines präsenten und aktiven Europas in der Welt zu stärken. Hierzu beitragen wird die einheitliche Vertretung des Euro-Raums nach außen durch die Wahl eines Vorsitzenden der Euro-Gruppe. Dies sollte in nächster Zukunft erfolgen. Ferner würde die Zusammenlegung der europäischen Konsularnetze zur Entstehung von „Europa-Häusern“ führen, an die sich alle im Ausland lebenden Europäer wenden könnten. Diese „Europa-Häuser“ würden bei ihnen das Gefühl stärken, europäische Bürger zu sein.

Europa braucht eine gemeinsame Verteidigung, damit es für seine Sicherheit sorgen, aber auch zur Wahrung des Friedens in der Welt beitragen kann. Für diese gemeinsame Verteidigung sind nunmehr die Grundlagen geschaffen. Dank der kürzlich unter dem französischen EU-Vorsitz gefassten Beschlüssen ist Europa im Begriff, eine schnelle Eingreiftruppe einzurichten, der ständige politische und militärische Gremien beigeordnet werden. Die Europäische Union benötigt eine globale Doktrin für die Entsendung und den Einsatz dieser Streitkräfte. Vorrang hat heute eine verstärkte Politik der Konfliktverhütung, mit der sich eine dauerhafte Sicherheit am besten herstellen lässt. Gleichzeitig muss Europa bei Berücksichtigung seiner eigenen Interessen und unter Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen eine langfristige Verteidigungsstrategie erarbeiten. Dies setzt insbesondere voraus, dass es im Hinblick auf die umstrittenen Raketenabwehrpläne der Vereinigten Staaten eine kohärente Position vertritt.

Nicht nur bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen, sondern auch in den Bereichen Wirtschaft und Handel bedarf es einer gerechteren und wirksameren Organisation.

3. Europa muss an der Erarbeitung des Regelwerks mitwirken, das die Welt benötigt.

Damit die Privatinteressen das Allgemeinwohl nicht in den Hintergrund drängen und beim Streben nach kurzfristigem Profit weder die soziale Gerechtigkeit in Vergessenheit gerät noch die Umwelt geschädigt wird, müssen „Spielregeln“ festgelegt werden. Bei der Definition eines solchen Regelwerks kann die Europäische Union eine Vorreiterrolle spielen und zur Umsetzung von drei Prioritäten beitragen.

Die Weltwirtschaft braucht einen stabilen Rahmen. Die jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrisen haben deutlich gemacht, dass für ein reibungsloses Funktionieren der Marktwirtschaft öffentliche und private Regeln unerlässlich sind. Aus diesen Krisen werden nunmehr die Lehren gezogen, weshalb seit drei Jahren bedeutende Fortschritte erzielt worden sind. Es bleibt aber noch viel zu tun; vor allem bei der Regulierung des internationalen Finanzsystems. Gestärkt werden muss auch die Rolle der Bretton- Woods-Institutionen bei der Krisenverhütung und -bewältigung. Wir müssen dafür sorgen, dass sie transparenter gestaltet und ihrer politischen Verantwortung wirklich gerecht werden. Als größter Anteilseigner dieser Institutionen muss die Europäische Union hierbei ihre Vorstellungen mit Nachdruck vertreten. Wir müssen über eine koordinierte, oder vielmehr gemeinsame Vertretung der Länder des Euro-Raums in diesen Institutionen nachdenken. Zu bekämpfen sind die Finanzkriminalität und der unlautere Steuerwettbewerb. Die Zurückhaltung der neuen amerikanischen Regierung darf die diesbezüglichen Arbeiten der Task Force „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ und der OECD nicht in Frage stellen. Bei der Reform der internationalen Finanzarchitektur wird Europa auch weiterhin seine eigenen Positionen vertreten.

Wir wollen einen fairen Handel. Europa hat sich mit Nachdruck für die Gründung der WTO eingesetzt, weil diese Organisation Handelskonflikte durch objektive Verfahren beilegt und uns gleichzeitig vor dem

Unilateralismus bewahrt. Eine solche Regulierung fördert auch den internationalen Handel. Innerhalb der WTO muss sich Europa für eine Handelspolitik stark machen, die klare Grenzen setzt. Die Liberalisierung des Handels darf weder zu einem Abbau des öffentlichen Dienstes noch zur Einschränkung der kulturellen Vielfalt, des sozialen Fortschritts oder der Lebensmittelsicherheit führen. Zur Bekämpfung der Armut muss Europa seine Hilfen für die Entwicklungsländer erhöhen. Der Süden braucht Europa. Und Europa wird diesen Ländern dabei helfen, ihren Platz im Welthandel zu finden. Es wird zur Linderung der Schuldenlast beitragen, die das größte Hindernis für deren Entwicklung darstellt.

Es kann nur eine nachhaltige Entwicklung geben. Unser Planet ist bedroht. Gegenüber den künftigen Generationen haben wir eine Verantwortung. Europa – diese traditionelle Industrieregion, dieser dicht bevölkerte Kontinent, der über nur wenige Rohstoffe verfügt und die Lehren aus den Ölschocks gezogen hat – weiß, dass die natürlichen Ressourcen der Erde nicht unerschöpflich sind. Aus diesem Grunde spielt es auch bei der nachhaltigen Entwicklung eine Vorreiterrolle zu einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten sich ihrer Verantwortung zu entziehen scheinen. Es muss mit gutem Beispiel vorangehen, denn die nachhaltige Entwicklung stellt künftig eine Priorität im gemeinschaftlichen Aufbauwerk dar. Knapp zehn Jahre nach dem Gründungsakt von Rio bedarf es nun weiterer Fortschritte. Als eifrigster Verfechter der Gründung einer internationalen Umweltorganisation, die meine Regierung angeregt hat, sollte Europa für eine ehrgeizige Politik im Bereich der Erforschung und Förderung umweltfreundlicher Technologien stehen.

Meine Damen und Herren,

Europa braucht Institutionen, die seinem Gesellschaftsprojekt und seiner Vision von der Welt würdig sind. Und deshalb sind auch Überlegungen über seine Institutionen gerechtfertigt.

III. Das politische Europa setzt umfassende Reformen voraus

Über die Zukunft der Union ist nunmehr eine Debatte im Gange. Diese Überlegungen sollen bis zum Jahre 2004 abgeschlossen sein. Die Konsequenzen, die aus diesen Überlegungen gezogen werden, müssen – wie wir wissen – einstimmig beschlossen werden. Mithin bedarf es zwischen den Fünfzehn eines Konsenses. Natürlich muss auch den Anliegen der Beitrittskandidaten Rechnung getragen werden. Die meisten von ihnen haben demokratische Institutionen und ihre Freiheit vor weniger als zehn Jahren erlangt. Dass sie in diese Überlegungen einbezogen werden, ist unerlässlich.

Es wurden bereits interessante Beiträge zu dieser Debatte geliefert. Institutionelle „Modelle“ wurden vorgeschlagen. In Deutschland schlug beispielsweise die SPD für Europa eine Architektur vor, die sich stark am politischen System ihres Landes orientiert. Weitere Vorschläge wurden oder werden noch gemacht. Am Ende dieses Prozesses gilt es einen Kompromiss zu finden, der für alle annehmbar ist. Deshalb kann man auch keine institutionelle Architektur oder Formel vorschlagen, ohne zuvor über den politischen Sinn, den man Europa zu verleihen wünscht, nachgedacht zu haben. Unverzichtbar ist vor allem, dass in sämtlichen europäischen Ländern öffentlich Überlegungen hierzu angestellt werden.

Dies ist auch der Zweck meiner heutigen Ausführungen. Zwischen Frankreich und Europa ziehe ich keine Trennlinie. Wie so viele andere überzeugte Europäer befürworte auch ich nachdrücklich Europa, bin aber nach wie vor mit meiner Nation verbunden. Europa schaffen, ohne Frankreich – oder irgendeine andere europäische Nation – abzuschaffen, das ist mein politisches Kredo.

1. Deshalb mache ich mir die schöne Idee einer „Föderation von Nationalstaaten“ zu Eigen

„Föderation“: Dieses Wort, das den Anschein von Einfachheit und den Vorzug von Kohärenz hat, deckt in Wirklichkeit vielfältige Inhalte ab. Für manche bedeutet dieser Begriff eine europäische Exekutive, deren Legitimation ausschließlich vom Europäischen Parlament ausgeht. Diese Exekutive wäre allein für die Außen- und Verteidigungspolitik zuständig. In diesem neuen Gefüge erhielten die derzeitigen Staaten den Status eines deutschen Bundeslandes oder eines amerikanischen Bundesstaates. Frankreich kann – wie im Übrigen viele andere europäischen Nationen – weder einen solchen Status noch eine solche Konzeption der „Föderation“ akzeptieren.

Wenn man dagegen unter „Föderation“ eine schrittweise und kontrollierte Teilung von Befugnissen und deren Übertragung auf die Union versteht, handelt es sich – der von Jacques Delors geprägten Formel gemäß – um eine „Föderation von Nationalstaaten“. Diesem Begriff stimme ich ohne Wenn und Aber zu. Juristisch gesehen mag er vielschichtig sein. Politisch halte ich ihn aber für relevant, da Europa nun mal ein einzigartiges politisches Gebilde darstellt, bei dem zwei verschiedene Elemente – das föderale Ideal und die Realität der europäischen Nationalstaaten – untrennbar miteinander verbunden werden.

Aus diesem Grunde drückt der Begriff „Föderation von Nationalstaaten“ das konstitutive Spannungsfeld der Europäischen Union treffend aus. Einerseits gibt es starke und lebendige Nationen, die ihre Identität wahren wollen und den Reichtum unseres Kontinents ausmachen. Andererseits besteht der Wille, zu einen und etwas zu schaffen, das jeden Einzelnen stärker machen wird. Es gibt einerseits die Geschichte, die von Rivalitäten und nationalen Egoismen geprägt war, und andererseits das Projekt, das auf friedliches Zusammenleben und gemeinsames Handeln abzielt. Sehr starke föderale Elemente sind bereits vorhanden: der Vorrang des europäischen Rechts, der vom Europäischen Gerichtshof bestätigt wurde, eine unabhängige Kommission, ein in allgemeinen Wahlen gewähltes Europäisches Parlament, der Binnenmarkt und die gemeinsame Währung. Nach wie vor nimmt aber die zwischenstaatliche Zusammenarbeit einen wichtigen Platz ein, und dies wird auch künftig unerlässlich sein.

Wenn wir eine solche Föderation schaffen wollen, ist zu klären, welche Befugnisse bei der Union und welche bei den Staaten anzusiedeln sind. Dabei ist das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Bei dieser Gelegenheit müssen auch die Verträge vereinfacht werden, die im Laufe der sukzessiven Verhandlungen und auf Grund der Zunahme der gemeinsamen Politiken unübersichtlich geworden sind.

Bei dieser Klärung dürfen gemeinsame Zuständigkeiten nicht in Frage gestellt werden, denn sie sorgen für eine Synergie zwischen dem Handeln der Staaten und dem der Union. Dies gilt beispielsweise für die allgemeine und berufliche Bildung und die Kultur, für die derzeit wie auch künftig vorwiegend die Mitgliedstaaten zuständig sind. Diese Bereiche sind aber auch Gegenstand gemeinsamer Politiken oder gemeinschaftlicher Programme, die in Zukunft noch intensiviert werden müssen.

Zudem ist jeder Renationalisierung von Politiken, die bislang auf Unionsebene festgelegt und umgesetzt wurden, eine Absage zu erteilen. Denn es wäre paradox, Schritte hin zu einer stärkeren europäischen Integration vorzuschlagen und gleichzeitig eine Rückkehr zu nationalen Politiken zu fördern. Dabei denke ich insbesondere an die Strukturfonds. Was die Gemeinsame Agrarpolitik anbelangt, so muss sie im Zuständigkeitsbereich der Union verbleiben, auch wenn eine Umorientierung erforderlich ist. Unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft müssen wir den Landwirten helfen, besser zu produzieren, damit ihre Erzeugnisse den Erwartungen hinsichtlich der Qualität und der Lebensmittelsicherheit besser genügen. Die Gemeinsame Agrarpolitik muss zu einer ausgewogeneren Entwicklung des ländlichen Raums beitragen, bei der die Vielfalt der Anbauflächen und der landwirtschaftlichen Produktionsverfahren erhalten bleibt.

In einigen Bereichen müsste dagegen die „vertikale“ **Aufteilung der Befugnisse** besser gewährleistet werden: Der allgemeine Rahmen, den Grundsätze oder Ziele bilden, würde dann auf europäischer Ebene definiert, während die Staaten oder Regionen gemäß ihren verfassungsmäßigen Verfahren und administrativen Institutionen für die politische und technische Umsetzung zuständig wären. Dadurch würde vermieden, dass Normen wie beispielsweise im Bereich der Jagd, die – wie oftmals zu recht kritisiert wird – alles bis ins kleinste Detail regeln wollen, überhand nehmen.

Eine „Föderation von Nationalstaaten“ setzt auch voraus, dass die einzelstaatlichen Parlamente stärker in das europäische Aufbauwerk eingebunden werden. Deshalb muss die derzeitige und noch allzu bescheidene Praxis der Abstimmung zwischen dem Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten ausgeweitet werden. Schaffen wir ein gemeinsames Gremium – eine ständige Konferenz der Parlamente oder einen „Kongress“ –, das eine wirkliche politische Rolle spielt. Dieses Organ, das regelmäßige Sitzungsperioden abhalten würde, würde die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips durch die Gemeinschaftsinstanzen überwachen und jährlich über die „Lage der Union“ debattieren. Bei der

Weiterentwicklung der Regeln der Union könnte dieser „Kongress“ eine wichtige Rolle spielen. Mit Ausnahme der „konstitutionellen“ Rechtsakte, für die die derzeitigen Ratifikationsverfahren beibehalten würden, könnten die Änderungen, die in den Verträgen bei den technischen Vorschriften für die Umsetzung der gemeinsamen Politiken vorgenommen werden, durch diesen „Kongress“ in einem vereinfachten Verfahren beschlossen werden. Diese Formel würde dann im Europa von morgen die dreißig nationalen Ratifikationsverfahren, die anderenfalls erforderlich wären, ersetzen. Dadurch ließen sich unsere gemeinsamen Politiken flexibler gestalten.

Im Zuge der Erweiterung ist die verstärkte Zusammenarbeit unverzichtbar. Die Erweiterung der Union ist eine historische Notwendigkeit, aber auch eine Herausforderung. Mit dem Beitritt neuer Mitglieder muss die Union ihre Vielfalt zu gestalten lernen. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten ist nicht hinnehmbar. Abgewendet werden muss aber die Gefahr einer institutionellen Lähmung. Diejenigen, die schneller vorangehen wollen, müssen dazu die Möglichkeit haben. Aus diesem Grunde wurde der Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit in Nizza sinnvollerweise flexibler gestaltet. Zur Anwendung kommen könnte er selbstverständlich bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit dem Euro, aber auch in Bereichen wie dem Gesundheitswesen oder der Rüstung. Mit diesen Kooperationen kann eine Gruppe von Staaten dem Aufbau Europas erneut den Anstoß geben, der seit jeher unerlässlich ist.

Ihre Stärke schöpft unsere Union aber auch aus der Vitalität ihres demokratischen Lebens.

2. Europa muss für seine Bürger einen echten politischen Raum darstellen.

Ein Raum, in dem lebhaft debattiert wird und wirkliche europäische Parteien – wie die Sozialdemokratische Partei Europas bereits eine ist – aufeinander treffen. Ein Raum, in dem die Völker Europas durch die Wahl ihrer Vertreter ihre politischen Präferenzen klar zum Ausdruck bringen. Ein Raum, in dem die Verantwortlichkeiten der Entscheidungsträger klarer ersichtlich sind.

Europa ist unseren Mitbürgern mittlerweile vertraut, sie verspüren jedoch das tiefe Bedürfnis, sich stärker mit Europa zu identifizieren. Sie wollen es aktiv gestalten. Für sie muss die Wahl des Europäischen Parlaments künftig der Höhepunkt des demokratischen Lebens auf europäischer Ebene sein. Ich wünsche mir eine gründliche Reform des derzeitigen Wahlsystems. Wir sollten ein Wahlverfahren finden, das in jedem Land die Verhältniswahl mit einem System großer regionaler Wahlbezirke kombiniert. Dadurch würde man die Wähler und die gewählten Vertreter einander wieder näher bringen.

Zwischen den Wahlen darf dieses demokratische Leben jedoch nicht einschlafen. Zu diesem Zweck schlage ich drei Ansätze vor. Erstens: direkte Konsultation der Zivilgesellschaft im Rahmen von Dialogforen. Wir sollten uns auf das lebendige Vereins- und Verbandswesen stützen, wie es in Frankreich und in Europa existiert. Auch die neuen Kommunikationstechnologien könnten zum Einsatz kommen, wie dies bereits für die Online-Wahl des ersten Europäischen Studentenrates geplant ist. Zweitens: regelmäßige Durchführung von Konsultationen zu wichtigen politischen Fragen, die klar umrissen sind und europäische Belange betreffen. Stattfinden würde diese Konsultation im Rahmen der einzelstaatlichen Parlamente oder von Ad hoc-Foren. Drittens schließlich: Stärkung der Rolle des Europäischen Bürgerbeauftragten, von dessen Existenz die überwiegende Mehrheit der europäischen Bürger nichts weiß. Möglich wäre dies durch die Benennung nationaler und lokaler Korrespondenten. Der Bürgerbeauftragte könnte dann seine Aufgaben bei der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen in vollem Umfang wahrnehmen.

Diese Institutionen müssen selbstverständlich reformiert werden.

3. Die europäischen Institutionen müssen kohärenter und effizienter werden.

Das System der europäischen Institutionen ist um das Dreieck von Kommission, Rat und Europäischem Parlament aufgebaut. Wichtig ist, dass dieses Gleichgewicht gewahrt bleibt. Dennoch sind Verbesserungen erforderlich.

Das europäische Gemeinwohl muss besser gewährleistet werden. Da dies Aufgabe der **Europäischen Kommission** ist, müssen deren politische Autorität und Legitimation gestärkt werden. Zu diesem Zweck schlage ich vor, dass der Kommissionspräsident aus der Mitte der politischen Formation benannt wird, die als stärkste Kraft aus den Wahlen zum Europäischen Parlament hervorgeht.

Das **Europäische Parlament** als Ausdruck des Willens der Völker würde dann seine Aufgabe als Organ, dem gegenüber die Kommission für ihre Politik verantwortlich zeichnet und das ihr das Misstrauen aussprechen kann, wesentlich besser erfüllen. Im Gegenzug müssten die Befugnisse und Zuständigkeiten der Straßburger Versammlung klarer definiert werden. Ich schlage vor, dass der Europäische Rat das Recht erhält, das Parlament auf Vorschlag der Kommission oder der Mitgliedstaaten aufzulösen. Dadurch ließe sich eine politische Krise lösen oder eine institutionelle Blockade beseitigen. Ein solches Gleichgewicht kennzeichnet bekanntlich die meisten großen repräsentativen Demokratien.

Wie die Kommission muss auch der **Rat** gestärkt werden, da er seiner Rolle nicht mehr ausreichend gerecht wird. Im künftigen Vertrag deshalb der Europäische Rat, in dem die Staats- und Regierungschefs sowie der Kommissionspräsident zusammenkommen, definitiv bestätigt werden. Dieser Rat müsste ein wirkliches mehrjähriges Programm für die „*Legislaturperiode*“ billigen, das ihm von der Kommission und vom Europäischen Parlament vorgeschlagen würde. Er müsste häufiger zusammentreten – beispielsweise alle zwei Monate – und sich ohne Protokoll auf die Leitlinien und wichtigen Beschlüssen der Union konzentrieren. Außerdem ist es an der Zeit, über die Einrichtung eines ständigen Ministerrates nachzudenken. Seine Mitglieder, die eine Art Vizepremierminister wären, würden in ihrer eigenen nationalen Regierung die europäischen Fragen koordinieren. Ein solches Gremium könnte Impulse geben und die Arbeiten des Europäischen Rates vorbereiten und koordinieren. In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament würde es seine Rolle als Mitgesetzgeber bei der Erarbeitung der europäischen „*Gesetze*“ besser erfüllen. Was diese letzte Aufgabe anbelangt, so müssten hierbei sämtliche Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden.

Dies sind die Leitlinien und die Reformen, die meines Erachtens das Fundament der institutionellen Architektur des künftigen Europas bilden könnten.

Diese Ansätze ebnen den Weg für eine europäische Verfassung, die ich befürworte. Sie würde die Organisation und die Funktionsweise der europäischen Institutionen definieren. Selbstverständlich wäre es nicht damit getan, einem neuen Vertrag die Bezeichnung „*Verfassung*“ zu geben. Ein solcher Text hätte nur dann einen Sinn, wenn er den Abschluss umfassender Reformen bildete und nicht nur das Ergebnis einer bloßen Überarbeitung der derzeitigen Verträge wäre. Wichtig ist auch, dass durch diesen institutionellen Schritt ein grundlegender politischer Akt zum Ausdruck kommt, nämlich die Bekräftigung eines gemeinsamen Vorhabens, eines gemeinsamen Zieles. Ein solcher Schritt würde natürlich zunächst von den Regierungen vollzogen; er müsste aber auch die Sache der Bürger sein. Die Charta der Grundrechte würde das Kernstück dieser Verfassung bilden. Wie bei der erfolgreichen Ausarbeitung dieser Charta könnte **ein Konvent** auf europäischer Ebene mit der Vorbereitung dieser Verfassung befasst werden. Ihm würden Vertreter der verschiedenen Akteure der Union angehören, das heißt der Staaten, der einzelstaatlichen Parlamente, des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft. Die letzten Entscheidungen würden den Staaten obliegen und müssten von den Völkern ratifiziert werden.

Meine Damen und Herren,

Weil ich kein halbherziger Europäer bin, möchte ich auch kein farbloses Europa.

Das Europa, zu dessen Aufbau ich beitragen möchte, ist ein starkes Europa, das sich seiner politischen Identität bewusst ist; ein Europa, das die ihm angehörenden Völker achtet, seiner weltweiten Verantwortung nachkommt und bereit ist, seine Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen; ein Europa, das entschlossen ist, sein ausgewogenes Modell der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu bewahren und seine außenpolitischen, industriellen und kommerziellen Interessen in völliger Unabhängigkeit zu definieren und mit Beharrlichkeit zu verteidigen; ein Europa, das leidenschaftlich an seiner kulturellen Vielfalt festhält. Für den Aufbau Europas müssen wir unser Bestes geben: Ehrgeiz und eine Phantasie für die Zukunft,

Bescheidenheit und Ausdauer in der Ausführung.

Ich bin fest entschlossen, gemeinsam mit anderen dem Ruf Europas zu folgen.